

Wilsdruffer Tageblatt

Jahrespreis Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Beitrag nach dem Wilsdruffer Vertrag vom 1. März 1911. Die Wilsdruffer Zeitung Nr. 6 vom 1. März 1911. Die Wilsdruffer Zeitung Nr. 6 vom 1. März 1911.



Wilsdruff, den 5. Mai 1921. Die Wilsdruffer Zeitung Nr. 6 vom 1. März 1911.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reippen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Ruffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 104.

Donnerstag den 5. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die amerikanische Regierung hat die deutschen Vorschläge als ungeeignet abgelehnt.
- * Die dresdener Regierung hat das neue Lohnabkommen im Ruhrrevier genehmigt.
- * Die Bewirtschaftung von Milch und Butter wird ab 1. Juni aufgehoben.
- * Der polnische Provokationsstreik in Oberschlesien dauert an. Es streiken im ganzen 190.000 Arbeiter.
- * Die interalliierte Kommission bemerkt die Nachricht, daß über Oberschlesien schon eine Entscheidung gefallen sei.
- * In England wurde ein revolutionäres Komplott der Kommunisten aufgedeckt.
- * Die belgischen Sozialisten haben sich für die Sanktionen ausgesprochen.
- * Der ehemalige Reichskanzler Fürst Bülow feierte am 3. Mai in Rom seinen 72. Geburtstag in voller geistiger und körperlicher Frische.

Mobilmachung.

Der Mai ist gekommen — und die Franzosen sind glücklich, ihn damit begrüßen zu können, daß sie den Jahrgang 1919 unter die Waffen rufen. Noch am Montagabend hat Briand von London aus telephonisch die erforderlichen Anweisungen gegeben; er ist also wieder einmal Sieger geblieben über alle zur Schau getragenen Bedenklichkeiten seines britischen Ministerkollegen. Vielleicht allerdings nur halber Sieger. Denn das Jugoslawien-Verständnis der militärischen Maßnahme hat er durch Einwilligung in eine letzte Überlegungsfrist erkaufen müssen, die Deutschland gestellt werden soll, eine „Ritze“, um deretwillen ihm schon jetzt von Paris her die lebhaftesten Vorwürfe entgegenzuhalten. Dafür kann er aber die neue Kriegserklärung, die mit der Mobilmachung eingeleitet wird, vor der Welt als eine von allen Alliierten anerkannte und gutgeheißenen Sühnmaßnahme ausgeben, was schließlich auch eine kleine Pariser Messe wert ist. Und hat Lloyd George erst einmal A gesagt, so wird Herr Briand ihn wohl wieder das B und das C im gegebenen Augenblick abzubitten wissen. Die Belgier und Japaner und Italiener dürfen sich auch fernhalten auf ihre wahrhaft imbonierende Staatsrolle beschränken.

Den Bahnsinn, der sich hier vor unseren Augen ausbreitet, muß man nachgerade sich selbst überlassen; zu heißen oder auch nur zu mildern ist er offenbar nicht mehr. Man bedenke: Frankreich verfügt zurzeit über die größte Landmacht der Erde. An zweiter Stelle rangiert sein Kriegs- und Bundesgenosse, das Völkerrecht, das uns im Osten jeden Augenblick überfallen kann. Und trotzdem ruft es, um die Besetzung des Ruhrgebietes durchzuführen, abermals hunderttausend junge Leute zu den Waffen, die damit vorzeitig der produktiven Arbeit entzogen werden. Und das tut es in demselben Augenblick, da es der deutschen Regierung schlechten Willen und Sammeligkeit in der Entwaffnung zum Vorwurf macht! Wir haben noch ganze hunderttausend Mann als Reichsheer übrig behalten, dürfen sie nur im allergeringsten Umfang mit Waffen versehen, haben ungezählte Geschütze und Geschosse, Gewehre und Granaten abgeliefert, haben die Festungen wehrlos gemacht — und kein Turn- und kein Schützling darf beizutage Bewegungen ausführen, die auch nur ganz von weitem an „militärische Übungen“ erinnern. Damit sollte der Anfang mit der allgemeinen Abrüstung gemacht sein. Sowie aber Frankreich neue „Sanktionen“ ansageht hat, entnimmt es die dazu erforderlichen Mannschaften nicht den vorhandenen Beständen seiner weissen oder farbigen Divisionen, sondern erläßt einen grobartigen Mobilmachungsbefehl, damit das Säbelglocken nur ja auch allenthalben ganz unmissverständlich gehört wird. Es hat ja schon so lange keinen Krieg geführt, dieses friedliche Frankreich, das immer nur durch seine blassen Kockbarn aus menschheitsbegleitender Lässigkeit am stillen Herd aufgesiedelt wurde: durch die Spanier in diesem, die Engländer in jenem Jahrhundert, und das sich mit den Deutschen schon seit Urzeiten verumschlageln mußte, weil diese Barbaren durchaus die ganze europäische Welt zu ihren Füßen niederzwingen mochten. Französische Weltbeherrschung? Wo hat es eine blödere Verleumdung gegeben. Das Ruhrgebiet will man ja „nur“ auf vierzig oder sechzig Jahre in die Hand bekommen, wie man sich das Saargebiet „nur“ auf fünfzehn Jahre in Versailles hat verschreiben lassen. Nachher können diese Länder wieder zu Deutschland zurückkehren, wenn sie es wünschen sollten, was natürlich abzuwarten bleibt. Im Augenblick aber muß Frankreich sich selber schützen — wenn Deutschland auch darüber zugrunde geht!

Dafür „demobilisiert“ Polen rastlos und unentwegt, seit Wochen und Monaten. Mit dem Erfolg allerdings, daß über die Hälfte seiner auf sechshunderttausend Mann berechneten aktiven Militärmacht an der deutschen Grenze versammelt ist, und daß die von der deutschen Regierung angerufene Botschafterkonferenz eingestehen mußte, daß Deutschland allerhand Grund zu Besorgnissen wegen der Anstände an der Ostgrenze habe. Und wie um diese Bestimmung noch nachdrücklicher zu unterstreichen, hat soeben der in Polen kommandierende General dem Staatschef Bülowski, nach Befestigung der polnischen Regimenter, den Wunsch zu Füßen gelegt, diese Truppen dem Obersten Befehlshaber im Felde vorzuführen zu können. Aber der

Krieg sei ja noch nicht zu Ende, denn noch gehöre Oberschlesien nicht zu Polen. So unbedenklich, so strupplos legt sich also ein polnischer General über alle Bindungen des Friedensvertrages hinweg, der die Entscheidung für Oberschlesien nicht den Spitzen der polnischen Nation, sondern der Selbstbestimmung des ober-schlesischen Volkes und der Entscheidung des Obersten Rates anvertraut. Er ist eben ein gelehriger Schüler seiner französischen Verbündeten, die demselben Friedensvertrag jede wächsere Nase drehen, deren sie bedürfen, um das eine Ziel, das ihnen heute wie gestern vorschwebt und immer vorgehwebt hat, zu erreichen: die Zerstückung Deutschlands, seine Vernichtung für Zeit und Ewigkeit. Dazu wird hier mobilisiert, dort demobilisiert. Dazu bedient man sich genau wie im Kriege jedes erreichbaren Mittels und jeder Hilfe, von wo sie auch kommen möge. Die Uneinigkeit der Deutschen hat den Franzosen noch niemals so unbezahlbare Dienste geleistet wie in den Jahren seit der Beendigung des Krieges. Wenn sie nur fortbauert, dann wird sich der kleine Rest, der noch zu tun bleibt, auch noch finden.

Wir Deutschen aber dürfen wieder einmal einem Ultimatum entgegensehen.

Amerika lehnt ab!

Neue deutsche Vorschläge gefordert.

Der Schleier, der bisher über der Haltung der Vereinigten Staaten in der Vermittlungsfrage gelegen hat, ist nun gelüftet worden. Und zwar kommt über England dazu folgende Meldung.

London, 3. Mai.

Weniger melbet aus Washington: Staatssekretär Hughes teilte dem Reichsminister Dr. Simons in einer am Montagabend abgeschickten Note mit, die deutschen Gegenanschläge könnten als Grundlage für die Erörterung der Reparationsfrage nicht angenommen werden. Er fordert Deutschland auf, weitere Vorschläge unmittelbar den Alliierten zu unterbreiten. Zugleich äußert er wiederholt den ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung für eine rasche Regelung „dieser vitalen Frage“.

Berlin, 3. Mai.

Der amerikanische Geschäftsträger, Herr Dresel, überreichte heute mittag um 12 Uhr dem Minister des Auswärtigen die amerikanische Antwort. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Memorandum betreffend der Reparationen erhalten, das Dr. Simons dem Kommissar der Vereinigten Staaten am 24. April übergeben hat. Zur Antwort erklärt die amerikanische Regierung, daß sie sich außerhande studet, zu dem Schluß zu gelangen, daß diese Vorschläge eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grundlage der Erörterung bilden. Zudem die amerikanische Regierung daher wiederholt ihren ernstlichen Versuch nach einer raschen Regelung dieser Lebensfrage ausdrückt, legt sie der deutschen Regierung dringend nahe, sofort den alliierten Regierungen unmittelbar klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge zu machen, die in jeder Beziehung ihren angemessenen Verpflichtungen gerecht werden.“

Die von Entente-Seite verbreitete Meldung, daß die Reichsregierung eine zweite Note über unsere Reparationsvorschläge nach London gerichtet habe, ist falsch. Dem Gerücht dürfte der Umstand zugrunde liegen, daß der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dresel, vor einigen Tagen eine Unterredung mit Minister Simons hatte, die sich auf die Frage der Annuitäten, des Zinsfußes usw. bezog. Vielleicht hat Herr Dresel über diese Unterredung einen Drahtbericht nach Washington geschickt, aus dem dann das Gerücht eine deutsche Note gemacht hat. Tatsächlich ist außer der Nichtigstellung und Erläuterung des ersten Artikels unserer Reparationsnote, die klarstellte, daß unser Angebot von 50 bzw. 200 Milliarden ein Alternativangebot sei, keinerlei deutsche Note oder sonstige deutsche Mitteilung nach Washington gefandt worden.

Das Londoner Ultimatum.

Auch die Nachrichten, die sonst aus London kommen, sind für uns höchst unerfreulicher Natur. So meldet das französische Havas-Bureau:

Man ist einig geworden. Der angenommene Entwurf soll Frankreich ermächtigen, sofort die militärischen Maßnahmen für die Ruhrbesetzung zu ergreifen. Die Schandenvergütungskommission soll innerhalb vier Tagen an Deutschland die Art und Weise der Bürgschaft und der Bezahlung mitteilen. Die Weigerung Deutschlands würde die unmittelbare Besetzung des Ruhrgebietes zur Folge haben. Die deutsche Regierung soll innerhalb fünf oder sechs Tagen nach dem Ultimatum ihre Antwort mitteilen. Betreffs der Zahlungsweise heißt es, daß Deutschland seine Schuld in 36 Jahresraten, die gleich groß sind und 6 Prozent des Schuldbetrages ausmachen, begleichen soll. Bis 1926 würde der Zinsfuß 2½ Prozent betragen, danach 5 Prozent, Amortisation unbegriffen. Die Schandenvergütungskommission soll drei verschiedene Sorten Vons ausgeben, die erste in einem Betrage von zwölf Milliarden Goldmark nach einem Jahre zu bezahlen, die zweite in Höhe von 38 Milliarden auszugeben ab 1. November

1921, die dritte in Höhe von 80 Milliarden nach der Kaufkraft des internationalen Marktes und Deutschlands Zahlungsvermögen.

Wie „Evening Standard“ erfährt, werden Deutschland 12 Tage zugestanden werden, innerhalb deren es sich zu entscheiden hat, ob es die Bedingungen der Alliierten ablehnen oder annehmen will. Wenn Deutschland ablehnt, werden die Alliierten sofort handeln. Deutschland wird aufgefordert werden, den von der Reparationskommission festgesetzten Betrag in über 37 Jahre verteilten Raten zu bezahlen. Der Gesamtbetrag der Zahlungen wird die in den Pariser Vorschlägen niedergelegte Summe von Eintaufenddreihundert Millionen Pfund Sterling um ein Geringses übersteigen.

Polnischer Putsch in Oberschlesien.

Streik und Terror.

Die Nachricht von der angeblichen Teilung Oberschlesiens, bei der die Kreise Kattowitz und Pleß an Polen fallen sollten, hat den polnischen Widerstand gegen die Abstimmungsresultate zu hellem Brand aufblammen lassen. Obwohl die Interalliierte Kommission in aller Form erklärt hat, daß die Nachricht vorläufig jeder Grundlage entbehre und überhaupt noch keine Entscheidung getroffen sei, gehen die von polnischem Widerstand getriebenen Wellen augenblicklich wieder über Dämme hinweg.

Seit Dienstag nacht ist Oberschlesien von jeder Telegraphenverbindung abgeschnitten. Im Laufe des Tages gelang es, wenigstens mit Deutschen Verbindung zu erlangen. Die gemeldet wurde, sind in Kattowitz Stadt und Land, Weichen Stadt und Land und in dem südlichen Teil des Landkreises Gleiwitz polnische hart bewaffnete Zivilbanden eingerückt. Kattowitz wurde von den Polen wieder geräumt. Weichen ist besetzt. Schulen und Geschäfte sind geschlossen, die Straßenbahnstrassen durchschnitten, der Eisenbahndienst unterbrochen. Auf den Straßen patrouillieren polnische bewaffnete Zivilisten. Bewachungstruppen sind noch nicht eingedrungen. Die ganze Nacht hindurch hörte man in der Umgegend der Stadt heftiges Gewehrfeuer.

Im Kreise Kattowitz kam es zu schweren Tumulten. In Gzuch wurden 12 Deutsche niedergemetzelt. In Kalenja stießen polnische Insurgenten, ebenso in ganz Oberschlesien mit Ausnahme der Städte Sorau, Pleß und Kattowitz in der Gewalt polnischer Banden. Die Eisenbahnbrücken bei Oberschlesien und Oppeln sind gesprengt. In Hindenburg kam es zu schweren Kämpfen zwischen den Beamten der deutschen Apo und den bewaffneten Polen. Es gelang den Deutschen, die polnischen Banden zu zersprengen. Die Redaktion des sozialdemokratischen Volkswillens in Kattowitz wurde durch Handgranaten gesprengt. Ernsthafte Bekämpfung des Aufstandes durch die französischen Besatzungstruppen zeigte sich kaum.

Belagerungszustand.

Die Interalliierte Kommission ist sehr entschlossen, die Ordnung unbedingt aufrecht zu erhalten. Sie hat infolgedessen in voriger Nacht den Belagerungszustand über die Kreise Weichen (Stadt und Land), Pleß, Kattowitz (Stadt und Land), Kattowitz, Hindenburg, Larnowitz und Kattibor (Stadt und Land) verhängt.

Ausdehnung des Streiks.

Der von polnischen Agitatoren entfesselte Streik auf den Kohlengruben ergriff bis Dienstag fast alle Anlagen. Etwa 80 Prozent aller Gruben im ober-schlesischen Industriebezirk befanden sich im Streik, ebenso liegen die Häfen und Industrieorte still. Es wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Streikenden den Grund des Streikes überhaupt nicht kannte. Zahlreiche Bergarbeiter, die zum Feiern gezwungen waren, äußerten ihre lebhafteste Mißbilligung über den Streik. Die Aktion bedeutet offenbar, durch Provokation auf die bevorstehende Bestätigung des Obersten Rates in der ober-schlesischen Frage entscheidenden Einfluß auszuüben. Zahlreiche deutsche Arbeitswillige wurden mit Gewalt, an einigen Stellen sogar mit der Waffe in der Hand an der Einfahrt gebindert, und diejenigen, die bereits zur Frühfahrt eingefahren waren, wurden durch Drohungen polnischer Streikkräfte, die Förderseile zu durchschneiden, zur Ausfahrt gezwungen.

Die ober-schlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Christlichen Gewerkschaften haben ein Telegramm an das Generalsekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes gerichtet, in dem sie feststellen, daß der Streik gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Vorschreibung unwesentlicher wirtschaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung von brutaler Gewalt möglich gewesen ist. Die Gewerkschaften erheben entschiedenen Protest gegen die polnischen Treiberien.

Deutscher Reichstag.

(100. Sitzung.)

CB, Berlin, 3. Mai.

Die Einleitung der heutigen Sitzung bildete die Eröffnung kurzer Anfragen. Frau Kg. Wurm (Unabh.) fragte, wann der bevorstehende Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum dem